Redaktion, Verlag und Druck,
on R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr.
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 52. Abendblatt. Freitag, den 31. Januar 1868.

Deutschland.

Berlin, 30. Januar. Se. Majestät der König nahmen die Vorträge des General-Lieutenants v. Podbielski und des General-Adjutanten v. Treskow, sowie der Hofmarschälle und des Geh Hofraths Bork entgegen, und empfingen in besonderer Audienz den General-Major, General à la suite Sr. Maj. des Königs, Inspekteur der Jäger und Schützen, v. Obernitz. Um $3\frac{1}{2}$ Uhr begrüßten Se. Maj. der König im Palais den Herzog von Leuchtenberg.

— Wie man uns aus Hannover mittheilt, soll es dort bei Ausführung des mit dem Könige Georg geschlossenen Vertrages streitig geworden sein, was als unbewegliches Zubehör des dem Könige Georg zugewiesenen Schlosses Herrenhausen zu betrachten ist. Wie es heißt, soll es sich dabei um den Georgspark handeln, ein Grundstück, das nie zu Herrenhausen gehört hat und erst in späterer Zeit von der Familie Walmoden erworben worden ist.

— Eine Küstenbatterie wird auf dem rechten Weserufer bei Brinkamahof, eine halbe Meile nördlich von Bremerhaven, errichtet.

— Twesten wird, des Prinzips wegen, die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Erkenntniß des Kammergerichts einlegen und so die Sache nochmals vor das Obertribunal bringen.

— Die bereits in dem diesjährigen Militär-Etat mit 120,000 Thlr. vorgesehene Errichtung von noch zwei neuen Remonte-Depots ist nunmehr mit je einem Depot dieser Art in den Elbherzogthümern und Hannover bestimmt worden. Der hohe Stand der Pferdezucht in beiden Ländern wird für die Remontirung der Armee ein ganz vorzügliches Material bieten, und zwar Holstein und Lauenburg namentlich für den Bedarf an Zugpferden und Pferden für die schwere Kavallerie, Hannover dagegen für Pferde eines gemischten Schlages von zum Theil ganz besonderer Güte. Der hohe Preis der Pferde in beiden Landestheilen dürfte dagegen beinahe mit Bestimmtheit eine abermalige Steigerung in Aussicht stellen. Die Ausgaben für das Remontewesen der Armee berechneten sich ohnedies schon nach dem diesjährigen Etat zusammen auf 2,008,289 Thlr. und werden durch die Errichtung der beiden neuen Depots überdies die oben bereits angeführte Erhöhung erfahren. — Die Einführung eines neuen Exercir-Reglements wird, wie die Voss. Z. hört, im nächsten Frühjahr erfolgen und damit wahrscheinlich die Errichtung eines neuen Lehr-Bataillons in Verbindung gesetzt werden. Ob dieses jedoch eine besondere Garnison erhalten wird (früher wurde Leipzig dafür genannt) oder einfach eine Verstärkung des gegenwärtig im Verlauf des Sommers jedesmal in Potsdam zusammengestellten Lehr-Bataillons auf ein Regiment von zwei Bataillonen erfolgen dürfte, wird als vorläufig noch zweifelhaft angegeben. Die Einreihung von Offizieren und Mannschaften derjenigen Kontingents-Regimenter, deren Staaten mit Preußen in eine Militär-Konvention getreten sind, ist für dieses Jahr bereits bestimmt worden, wahrscheinlich wird jedoch diese Zutheilung auf die sämmtlichen Infanterie-Regimenter des norddeutschen Bundes ausgedehnt werden, um so die Einheit des Exercitiums in der norddeutschen Armee auf diesem nächsten Wege anzubahnen und vorzubereiten. Dasselbe gilt auch für die Schießschule in Spandau und wird vielleicht auch für die neue Artillerie-Schießschule in Berlin und das Reit-Institut in Hannover ausgedehnt werden. Im vorigen Jahre befanden sich außerdem auch Offiziere und Mannschaften sämmtlicher süddeutschen Staaten der Schießschule in Spandau beigegeben und wird das für diesen Sommer wahrscheinlich ebenfalls statthaben. Die Offizier-Aspiranten der Sächsischen Armee sind zunächst zur Absolvirung des hierfür eingesetzten Kursus der Kriegsschule in Erfurt überwiesen worden, und werden in Zukunft auch an der neuen derartigen Anstalt in Weißenfels participiren. Ebenso wird eine Anzahl sächsischer Offiziere Behufs ihrer Ausbildung für die höheren Militärstellen in der Militär-Akademie zu Berlin Aufnahme finden. Für Schwerin findet sich angeblich die gleiche Einrichtung eben in der Ausführung begriffen, und würden danach von allen norddeutschen Staaten hierin nur noch Mecklenburg-Strelitz und Braunschweig zurückstehen.

Berlin, 30. Januar. (Haus der Abgeordneten.) 39. Sitzung von $10\frac{1}{2}$ bis 4 Uhr. Am Ministertisch Frhr. v. d. Heydt und mehrere Kommissarien. — Die aus dem Herrenhause herübergekommenen Gesetzentwürfe, betreffend die Uebernahme der Staatsschulden der neuen Provinzen und der dänischen Schuld der Herzogthümer werden der Finanz-Kommission überwiesen. — Die Berathung des Etats der indirekten Steuern war bei Tit 7 und 8 (Mahl- und Schlachtsteuer) stehen geblieben, zu denen der Antrag v. Vincke's (Minden) vorliegt. — Abgeordneter Grumbrecht, obwohl kein Gegner der indirekten Steuern überhaupt, ist doch für die Aufhebung einer Steuer, welche die nothwendigsten Lebensbedürfnisse vertheuert. Schwierig ist nur das Auffinden eines Ersatzes. — Abg. Löwe: Auch er erkenne die Schwierigkeit eines Ersatzes für die Mahl- und Schlachtsteuer an. Da die Regierung aber seit Jahrzehnten die Schädlichkeit der Steuer anerkannt und gleichwohl dieselbe in den neuen Provinzen eingeführt habe, sei er für die sofortige Beseitigung, da die Regierung eine andere Stellung zu dieser Frage eingenommen zu haben scheine. (Der Finanzminister ist erschienen.) Die Mahl- und Schlachtsteuer sei eine der kostspieligsten, was die Erhebung anlange. Ein weiteres erhebliches Moment für die Beseitigung der Steuer sei das sittliche; man führe die Bevölkerung in Versuchung, mit den Gesetzen in Konflikt zu gerathen. Endlich müsse man berücksichtigen, daß bei der Vertheuerung der Nahrungsmittel das Volk zu den billigeren Surrogaten greife. Man greife zu den billigeren Kartoffeln und Gemüsen, es trete eine Blutvergiftung ein in Folge der schlechten Nahrung, der Typhus sei schließlich die Folge, vor welchem auch diejenigen sich nicht schützen können, welchen die guten vertheuerten Nahrungsmittel zugänglich seien. (Bravo.) Regierungs-Kommissar Burghardt: Die Regierung hängt nicht an dieser Steuer, aber die Aufhebung derselben und ihr Ersatz durch die Klassensteuer hat ihre Schwierigkeiten, selbst in der Durchführung der neuen Veranlagung, welche eine allgemeine Belästigung für Behörden wie für die Steuerpflichtigen herbeiführt. Wir können keine Gewalt gegen Kommunen üben; die Regierung kommt den Kommunen aber aufs Bereitwilligste entgegen, wenn sie den Wunsch ausdrücken, zur Klassensteuer überzugehen. Für die Regierung ist das öffentliche, wissenschaftliche Urtheil über die Kommunalsteuerfrage wichtig und dieses Urtheil ist noch nicht gesprochen; die Meinungen sind noch nicht genug abgeklärt. Die Regierung kann bei ihrer Auffassung der Lage nicht davon ausgehen, daß die Beschlüsse der städtischen Vertreter aus Interesse, absichtlich oder unabsichtlich, hervorgehen. Die eingegangenen Gutachten sind nicht alle von dem bezeichneten Einflusse beherrscht und die Regierung hat durchaus keinen Anlaß gehabt, von der Initiative, Gewalt gegen die Kommunen zu üben, Gebrauch zu machen. — Abg. Virchow: Freiheit für die Kommunen wolle auch er. Die Schlacht- und Mahlsteuer sei aber in ungerechtester Weise vertheilt, wie sich aus Zahlen nachweisen lasse. (Auf der Herrenhaustribüne entsteht ein unerträglicher Lärm.) Die Konsumtionssteuer sei in Berlin in einer fortwährenden Abnahme begriffen, die Mortalität in einer steten Zunahme. Der Finanzminister müsse eine mehr positive Stellung zu der Frage einnehmen, wie es sein Vorgänger gethan. Mit der Redensart, die ersten Schwierigkeiten seien zu groß, komme man nicht weiter. Man müsse an die Stelle eine Steuer setzen, welche die höheren Klassen stärker heranziehe. Mit entschlossenem Willen müsse das Ministerium über die Schwierigkeiten hinwegkommen, das habe es noch kürzlich gezeigt, als es die Verhältnisse in großem Styl geordnet habe. Ueber das Urtheil des Landes könne man doch nicht in Zweifel sein, die Landesvertretung habe sich wiederholt ausgesprochen. Bestände die Steuer in Berlin nicht, so würde man vergebens versuchen, dieselbe einzuführen; die Regierung müsse einen objektiven Standpunkt einnehmen.

Der Finanzminister erklärt aus finanziellen Gründen einer Aenderung nicht entgegen sein zu können; die Klassensteuer würde noch ein Plus ergeben. Er theile aber die Bedenken, welche der Regierungs-Kommissar schon geltend gemacht. — Abg. v. Vincke (Minden) geißelt das französische System, auf welches der Regierungs-Kommissar in seiner Auslassung hingewiesen. Bleibe man uns mit dem Hausmännischen System vom Leibe, welches vielleicht zur Revolution führt. Was in Belgien durchzuführen sei, gelinge auch in Preußen. Der Finanzminister möge auf seinen Geburtsort blicken, wo die Mahl- und Schlachtsteuer nicht bestehe. Es handle sich hier nicht um eine Kommunalsteuer, sondern um eine Staatssteuer, deshalb möge der Kommissar nicht davon sprechen, daß man keinen Zwang üben solle. Die Landesvertretung dürfe sich nicht mitschuldig machen an der Immoralität, welche in der Aufrechthaltung der Steuer liege, möge die Regierung sie allein auf sich nehmen. — Regierungs-Kommissar Burghardt: Ich habe den Oktroi nicht als eine Steuer erwähnt, die viele Vorzüge hätte, sondern wollte nur der Berufung auf andere Länder entgegentreten. Belgien war in der glücklichen Lage, den Oktroi beseitigen und den Ausfall durch Zölle decken zu können, was bei uns nicht der Fall ist. Der Standpunkt der Regierung ist der, daß sie nicht bei scharfen Angriffen gegen die Mahl- und Schlachtsteuer die Augen darüber verschließen kann, welche Folgen die Aufhebung derselben haben würde. — Zu Tit. 9 (Stempelsteuer 7,365,500 Rt.) beantragen: 1) Abg. Braun (Wiesbaden): die Regierung aufzufordern, auf dem Wege der Gesetzgebung Stempelabgaben, welche in den neuen Provinzen gegenwärtig noch erhoben werden, aber in den alten nicht bestehen, abzuschaffen. 2) Abg. Bassenge: die Regierung aufzufordern, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Zeitungsstempelsteuer vom 1. Januar 1869 ab in Wegfall gebracht wird. 3) Abg. Dr. Klein: die Regierung zu ersuchen, auf thunlich baldige Beseitigung der Quittungs-Stempelsteuer Bedacht zu nehmen. — Abg. Struckmann: Trotz der erheblichen Härten der preußischen Stempelsteuergesetzgebung hat man dieselbe nach Hannover hinüber genommen. Da man sie jedoch nicht allen Verhältnissen anpassen konnte, so hat man in vielen Fällen noch die hannoverschen Bestimmungen aufrecht erhalten, so daß die größte Unsicherheit herrscht und fast Niemand weiß, in welchen Fällen er die Stempelsteuer nach preußischem oder nach hannoverschem Tarife zu entrichten hat. — Regierungs-Kommissar Burghardt: Die gerügten Uebelstände werden von der Regierung vollkommen anerkannt, und sie wird denselben sobald wie möglich abhelfen. Nur war bisher eine Reform der Stempelsteuergesetzgebung ohne eine gleichzeitige Umgestaltung des Gerichtsverfahrens nicht thunlich.

Abg. Bassenge: Bei der bevorstehenden neuen Civilprozeßordnung wird die Regierung eine Revision der ganzen Steuergesetzgebung vornehmen müssen; so ist der Quittungsstempel eine irrationelle Abgabe, der Kaufstempel für Immobilien mit 1 pCt. der Kaufgelder ist drückend und hindert die Mobilisirung des Grundbesitzes. — Geben Sie jetzt wie ein Verdikt gegen die Mahl- und Schlachtsteuer auch auf geistigem Gebiete, ein Verdikt gegen die Zeitungsstempelsteuer ab, welche das geistige Kapitalvermögen des Volkes direkt betrifft. Welches sind die Vortheile? Eine Einnahme von 500,000 Thalern in den alten Provinzen. Die Aufhebung der Steuer also, finanziell durchführbar, ist zu ertragen. Die ganze Einnahme beträgt 500,000 Rt., die Nachtheile aber sind sehr bedeutend, die Steuer wirkt verschlechternd auf die Zeitungen. Ich bitte Sie, mitzuwirken, daß der alte Satz wieder wahr werde: Gedanken sind zollfrei. — Abg. Graf Schwerin: Man kann an allen Steuern etwas aussetzen, aber wir brauchen Steuern, und dies ist eine Steuer, welche nicht die unteren, sondern grade die wohlhabenden Klassen trifft. Ich halte den Stempelsatz von 1 pCt. für Immobilienumsatz für nicht zu hoch, und der Quittungsstempel kann eben so gut beibehalten werden. Zeitungsstempel ist eine sehr populäre Frage, er ist aber relativ vollkommen gerechtfertigt. Er vertheuert das Lesen, weiter nichts, aber er hindert es nicht, Zeitungen sehr billig zu liefern. — Abg. Rohden: Es sei ungerechtfertigt, dem Beamten und Pensionär von Dem, was man ihm mit der Rechten gebe, mit der Linken wiederum in Form einer Stempelsteuer abzuziehen. Demgemäß beantragt Redner: Es erscheint nicht gerechtfertigt, fernerhin bei der Zahlung des Gehaltes aus der Staatskasse an die im unmittelbaren Staatsdienst stehenden Beamten, soweit dasselbe die Summe von 1000 Thlr. nicht übersteigt, einen Quittungsstempel zu erheben; und gleichzeitig die Erwartung auszusprechen, die Staatsregierung werde in der nächsten Session den erforderlichen Gesetzentwurf dem Landtage vorlegen. — Regierungskommissar Burghardt: Der vorjährige Beschluß des Hauses ist von der Regierung nicht außer Acht gelassen worden. Der jetzige Etat giebt aber den Beamten durch Wegfall der Pensionsbeiträge eine größere Erleichterung, sie kann aber nicht darauf eingehen, die Gehälter unter 1000 Thlr. von dem Quittungsstempel zu befreien. Die Regierung legt Werth darauf, daß Sie den dies Jahr wiederholten Antrag Rohden heut ablehnen. Der Antrag Klein auf baldige Beseitigung der Quittungsstempelsteuer ist nicht zu empfehlen. Der preußische Immobilienstempel ist sehr mäßig im Vergleich zu Frankreich und andern Ländern, er hat seine finanzielle Wichtigkeit. Für die Beseitigung des Zeitungsstempels können Sie doch nur dann stimmen, wenn Mittel da sind, um alle dringenden Bedürfnisse zu befriedigen, wenn der Ausfall zu decken ist, und dieser Ausfall würde zusammen 800,000 Thaler betragen.

Der Präsident verliest den vom Abg. Rohden eingebrachten Antrag, welchen Regierungs-Kommissar Burghardt nochmal abzulehnen bittet. — Abg. Twesten: Im vorigen Jahre wurde ein auf Aufhebung der Zeitungssteuer bezüglicher Antrag angenommen. Ich verkenne nicht die Bedenken, auf den Wegfall einer Einnahme von mehr als $\frac{1}{2}$ Million anzutragen, aber wenn wir warten wollen, bis alle dringenden Bedürfnisse befriedigt sind, dann können wir lange warten. Was Herr Graf Schwerin gesagt hat, daß die Steuer nur die Wohlhabenderen trifft, ist nicht richtig. Es ist eine der glücklichen Folgen unserer Schulgesetze, daß das Zeitungslesen auch ein Lebensbedürfniß der ärmeren Klassen geworden ist. Ferner zahlt eine große Zeitung, welche den höchsten Steuersatz bezahlt, immer dasselbe, wenn sie auch vergrößert wird, während bei einer kleineren Zeitung Rücksicht auf den Raum genommen werden muß. Bei einer Zeitung, die 24,000 Exemplare absetzt, macht die Steuer für eine Zeile beinahe 1 Sgr. Wie muß sich die Redaktion in Acht nehmen, auch nur einen Artikel zur Belehrung mehr aufzunehmen, aus Furcht, die Steuer noch mehr anschwellen zu sehen. Es läuft sofort in die Tausende. Dann aber trifft diese Steuer besonders die Annoncen und hier wieder die kleineren Zeitungen, mithin die ärmeren Klassen. Ich glaube in der That, durch Hebung des gewerblichen Verkehrs würde ein Theil des Ausfalls sofort gedeckt werden. — Ursprünglich wurde allseitig anerkannt, daß diese Steuer mehr im polizeilich-reaktionären, als im finanziellen Interesse eingeführt sei, jetzt mag das erstere Interesse bei der Regierung nicht mehr vorhanden sein, aber die Steuer wirkt jedenfalls in jenem Sinne, darum sprach sich auch mein Freund Otto Michaelis im vorigen Jahre dahin aus: Die Zeitungsstempelsteuer sei ein Schutzzoll gegen die Verbreitung der Intelligenz, eines Kulturstaates unwürdig. Unsern Ausspruch vom vorigen Jahre, auch in diesem zu wiederholen, diese Steuer aufzuheben, sind wir auch den neuen Provinzen schuldig, da auch bei ihnen diese Steuer neu eingeführt worden ist. (Bravo.) — Abg. Dr. Klein setzt den Standpunkt auseinander, von dem aus er seinen Antrag gestellt habe, spricht jedoch von der Tribüne und bleibt daher unverständlich.

(Schluß folgt im Morgenblatt.)

Stuttgart, 30. Januar. Die Kammer der Standesherren trat in ihrer heutigen Sitzung dem Beschlusse der zweiten Kammer, betreffend die Abschaffung der körperlichen Züchtigung, einstimmig bei.

— In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über das Wehrgesetz fortgesetzt. Die Dauer der Präsenz wird auf zwei Jahre festgesetzt, die längere Präsenzzeit der Kavallerie soll beim Dienst in der Landwehr in Abzug gebracht werden. Bei der darauf erfolgenden Schlußabstimmung wird das Gesetz mit 50 gegen 40 Stimmen angenommen.

München, 30. Januar. In der heutigen sehr zahlreich besuchten Wahlversammlung der baierischen Partei wurden Fabrikant Kestner und Reichsrath v. Schrenk einstimmig als Parlamentskandidaten aufgestellt.

Ausland.

Wien, 29. Januar. Die Herabsetzung des Portos für Briefe nach Deutschland hat allenthalben im Lande die größte Freude verursacht. Es greift diese Einrichtung auch zu tief in alle Stände und Verhältnisse ein, als daß etwa nur, wie es scheinen könnte, die Geschäfts- und Handelswelt den Nutzen derselben direkt kennen zu lernen im Stande wäre. Die Ermäßigung kommt allgemein zu statten, und sicher wird auch die Postverwaltung sich bald überzeugen, daß sie hierbei nicht zu Schaden kommt. Es wird von kompetenter Seite versichert, daß der Briefverkehr sich schon jetzt ganz außerordentlich vermehrt hat. Zu bedauern ist nur, daß das Porto gleichzeitig nicht auch für den inneren Verkehr herabgesetzt, d. h. auch für schwerere Briefe auf den im Verkehr mit Deutschland geltenden Satz normirt wurde. Hier gilt noch immer das Einheitsporto von 5 Kreuzern auf das Loth. Ein Brief von 14 Loth kostet demnach noch immer im Inland 70 Kreuzer. Daher kommt es vor, daß Kaufleute ihre für das Inland bestimmten Briefe, falls sie außergewöhnlich schwer und nicht eilig sind, an einen Geschäftsfreund an irgend einem Orte in Deutschland adressiren, und hier von demselben nach Oesterreich zurücksenden lassen. Sie ersparen auf diese Weise bei einem 14löthigen Briefe 50 Kreuzer. Vielleicht genügt es zur Abstellung dieses Uebelstandes, öffentlich auf denselben aufmerksam zu machen.

Paris, 28. Januar.

— Heute Morgen veröffentlichte der Moniteur den Finanzbericht des Herrn Magne. Man muß eingestehen, daß auch hier wieder die alte Beobachtung sich bewahrheitete, daß die Finanzmänner des Kaiserreichs zum mindesten die Gruppirung der Ziffern ihrer Rapporte ganz vorzüglich verstehen. So häuft auch hier der Minister mit anscheinender Offenheit Ziffer auf Ziffer, um in einem Optimismus aufzugehen, der selbst davor nicht zurückschreckt, bei Gelegenheit des Defizits des Jahres 1867 sich gegenseitig widersprechende Aufstellungen zu machen. So tröstet er sich z. B. bei Gelegenheit der veranschlagt gewesenen Summen, die später aber nicht in die Kassen des Schatzamtes geflossen sind, durch Herzählung von Kredit-Virements, die doch in Wahrheit keine reelle Hülfsquelle sind. Magne gesteht ein, daß die Armirung schon sehr beträchtliche Summen verschlungen, aber er giebt auch nicht den leisesten Anhaltspunkt, aus dem zu entnehmen wäre, mit welcher Ziffer diese Ausgaben ihr Ende erreicht haben werden. Er erklärt, wie er hoffe, alle diese Ausgaben der verschiedenen Abtheilungen des Budgets durch eine Anleihe von 440 Millionen bestreiten zu können; aber über die Vertheilung dieser Summe giebt er nicht den geringsten Aufschluß durch Zahlenangaben. Nachdem er seinen momentanen Bedarf auf 440 Millionen festgestellt, erwähnt er in erster Reihe die Möglichkeit, einen Theil der Armee-Dotationskasse nutzbar machen zu können. Er theilt dieselbe in zwei Theile, von denen der eine mit 7,239,997 Rente, d. i. kapitalisirt etwa 170 Mill. Fr., den noch unter den Fahnen befindlichen Soldaten zugehöre, während der andere von 8 Mill. Rente (etwa 180 Mill. Kapital) zur Verfügung der Regierung sei unter der Bedingung, das zukünftige Einnahme-Budget damit zu belasten. Im Grunde wird man daher aus dem Finanzbericht nicht etwa ein Anlehen von bloß 440 Mill. herauslesen dürfen, sondern vielmehr eine Geldrealisirung zum Profit des Finanz-Ministeriums im Betrage von nahezu 700 Mill. Freilich, da an eine Votirung des Gesetzes kaum vor dem Monat April zu denken und die Operation auf eine Dauer von 20 Monaten vertheilt und veranschlagt worden ist, so hat sich der Geldmarkt noch nicht allzu sehr zu beunruhigen brauchen. Doch gilt es als ausgemacht, daß die heutigen besseren Kourse nur durch Anstrengungen außerordentlicher Art von interessirter Seite ermöglicht worden sind. Die mexikanische Anleihe allein ist wieder gefallen, da die vom Minister eröffneten Indemnitäts-Aussichten den Obligationsbesitzern nur sehr schwache Entschädigungen zu versprechen scheinen. — Bei dem hiesigen Direktor des österreichischen General-Konsulats, Ritter Schwarz, ist angefragt worden, ob er bereit sei, sich im Auftrage seiner Regierung

nach Petersburg zu begeben, um dort über einige für österreichische Ausfuhr-Artikel zu gewährende Tarifkonzessionen zu unterhandeln.

Florenz, 26. Januar. Ueber das Duell zwischen dem bekannten Garibaldiner Nicotera und dem neapolitanischen Deputirten Assanti, schreibt die „Kr.-Z.": Nicotera war empört über die Ernennung seines alten Gegners, des Marchese Gualterio, zum Minister des Königlichen Hauses und sprach sich sehr deutlich in der Kammer darüber aus; Obrist Assanti widersprach, die Herren bedienten sich, wie homerische Helden vor dem Streit, mit verbindlichen Redensarten und plötzlich gab Obrist Assanti, welcher zur Partei der Gemäßigten gehört, seinem rothen Gegner eine Ohrfeige. Natürlich gings nun vorgestern auf die Mensur, trotz der Ermahnungen zum Frieden, an denen Präsident Lanza es nicht fehlen ließ, und Nicotera erhielt zu seiner Ohrfeige auch noch einen Säbelhieb und eine ziemlich bedeutende Kopfwunde. — Als Gesandter Italiens nach Karlsruhe kommt der junge Artom, ein Schüler Cavours, von dem man sich viel verspricht.

Florenz, 30. Januar. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer meldet Comin eine Interpellation über die Vorbereitungen, welche man zur Entsendung eines Seegeschwaders nach Südamerika gemacht hat, an, und motivirt dieselbe mit den Worten: Die Kammer und das Land müssen die Absichten der Regierung kennen, um nicht in gefährliche und unheilbare Ereignisse verwickelt zu werden. Der Ministerpräsident Menabrea glaubt nicht über Maßnahmen Rede stehen zu sollen, welche die Regierung auf ihre Verantwortlichkeit treffen zu müssen glaubte, um die Interessen der Italiener im Auslande zu schützen. Die Regierung behalte sich vor, seiner Zeit über ihre Handlungen Erklärungen zu geben. Einstweilen glaube die Regierung nach diesem Endziele handeln zu müssen, sie sei aber nicht verpflichtet, ihre Pläne mitzutheilen; nicht in der Absicht, das Land in gefährliche Abenteuer zu verwickeln, sondern um den gedachten Ansprüchen der Landsleute zu entsprechen, deren Schutz eine Pflicht der Regierung sei. Die Kammer weist die amgemeldete Interpellation zurück und tritt alsdann in die Diskussion über das landwirthschaftliche Budget ein.

London, 28. Januar. Das junge reformationssüchtige Türkenthum, welches seinen finanziellen Stützpunkt in Mustapha Pascha hat und als dessen Hauptorgan der in London in französischer Sprache erscheinende „Mukhbir" zu betrachten ist, hat es mit diesem Blatte so weit gebracht, wie einst Alexander Herzen mit seinem „Kolokol". Der Sultan liest es jetzt, die Verschnittenen schmuggeln es in die Harems der Großen und die kleinen Klatschgeschichten, die es enthält, werden mit Wohlgefallen gelesen. So wird aus Konstantinopel hierher berichtet. Aufgemuntert durch diesen Erfolg will der „Mukhbir" sein Format vergrößern und ist darauf bedacht, neue Nachrichtenquellen anzubohren.

Kopenhagen, 30. Janúar. Der Vertrag über den Verkauf der westindischen Inseln wurde heute in zweiter und letzter Lesung vom Landesthing ohne Diskussion und einstimmig angenommen. Die Angelegenheit ist somit im Reichstage als erledigt zu betrachten.

Nord-Amerika. [Friedrich Gerstäcker] durchwandert jetzt die Vereinigten Staaten von Nardamerika und schreibt von dort Reisebriefe an die Kölnische Zeitung. In einem dieser Briefe findet sich folgende bemerkenswerthe Stelle: Nie hätte ich es für möglich gehalten, daß in den Vereinigten Staaten der Gedanke einer Monarchie je ernstlich besprochen werden könne, aber in den verschiedensten Schichten der Gesellschaft begegnete ich ihm jetzt. Man sieht das ganze Land durch eine plötzlich entstandene Willkürherrschaft in Gefahr, und nicht allein der Süden erklärt offen und unverholen, daß nur eine Monarchie den zerrütteten Staat wieder herstellen kann; nein, selbst im Norden fangen hier und da die Leute an, diesen Zustand, der das Land mit einem Heere betrügerischer Beamten überschwemmte, satt zu bekommen, und meinen: „es könne wenigstens nicht schaden, es einmal mit einem „wählbarem Könige" zu versuchen, der doch wenigstens die nichtsnutzige Beamtenbande im Zaume halten könnte". Wie dem auch sei und ob solche Wünsche der großen Masse des amerikanischen Volkes noch vollkommen fern liegen, so ist es doch immer ein Zeichen der Zeit, solche Gedanken auch nur ausgesprochen zu finden. So viel weiß ich übrigens, ich möchte nicht der erste amerikanische Kaiser sein, denn seines Lebens wäre er keinen Augenblick sicher.

Pommern.

Stettin, 31. Januar. Wie von uns berichtet, hat das „Comité für die Suppenanstalten" kürzlich beschlossen, eine Küche im Königlichen Schlosse und eine im Gasthofe „Zum Fürsten Blücher" zu errichten. Erstere ist nun zwar eingerichtet, jedoch kann Umstände halber darin noch nicht gekocht werden; da die Marken für dieselbe aber schon ausgegeben, so beschloß gestern das Comité, von heute ab in der Küche auf dem Pladrin bis zu dem Tage, an welchem die Schloßküche eröffnet wird, täglich 1400 Portionen auszugeben. Die Küche im „Fürsten Blücher", welche auf 5—600 Portionen eingerichtet ist, wird spätestens am Dienstag, gleichzeitig mit der Küche im Schlosse mit der Vertheilung der Suppe beginnen.

— Nachdem von den Mitgliedern der Handelskammer zu Swinemünde der Konsul Heyse, der Apotheker Friederici, der Konsul Rose, und von den Stellvertretern die Kaufleute Prüter, Gehm und Paepke mit dem Schlusse des Jahres 1867 nach Ablauf ihrer Wahlperiode ausgeschieden, sind die sämmtlichen vorbenannten Personen in ihrer früheren Eigenschaft wiedergewählt worden.

— Mit Rücksicht darauf, daß in Folge der anhaltenden Kälte und des tiefen Schnees das Wild, namentlich das kleine Wild, Hasen und Rebhühner, stark gelitten hat, ist der Schluß der niederen Jagd auf den 15. Februar d. J. festgesetzt worden.

— Der Regierungs-Assessor Birck ist von Köln an die hiesige Königl. Regierung, der Telegraphen-Inspektor Munckel von Stralsund nach Stettin, der kommissarische Telegraphen-Verwaltungs-Inspektor Marsmann von Stettin nach Berlin, der kommissarische Telegraphen-Bau-Inspektor Winkelmann von Stettin nach Köln, der Telegraphen-Ingenieur Heyse von Hannover nach Stettin, der Ober-Telegraphist Grose von Berlin nach Stettin und der Telegraphist Rüge von Stettin nach Cüstrin versetzt.

— Vom 1. Februar c. ab wird bei der Post-Expedition in Wildenbruch ein Land-Bestellbezirk eingerichtet, bestehend aus den Orten Linde und Gornow, — welche seither zu dem Bestellbezirke von Bahn gehörten — und aus den Etablissements Dolgensee und Wildenbrucher Loh- und Windmühle, welche bisher ihre Briefe 2c. von Thaensdorf bezogen. Gleichzeitig geht der gegenwärtig zu dem Bestellbezirke von Rosenfelde gehörige Ort Heinrichsdorf auf den Bestellbezirk von Bahn, dagegen der zu dem letzteren gehörige Ort Langenhagen auf den Bezirk von Rosenfelde über.

— Ein angeblicher Arbeiter, welcher zwei Nächte bei einem Tischlergesellen W., grüne Schanze Nr. 11, logirt hatte, kehrte demnächst nicht mehr in seine Schlafstelle zurück; es ergab sich bei näherer Recherche, daß mit demselben aus der innegehabten Schlafkammer auch gleichzeitig verschiedene Kleidungsstücke und sonstige Gegenstände verschwunden waren. Verschiedene später ermittelte Umstände lassen mit Sicherheit darauf schließen, daß der „Unbekannte" der wegen vielfacher Schwindeleien schon seit längerer Zeit polizeilich verfolgte Schuhmachergeselle Ferd. Braun ist. — Auch zu einem vorgestern in einer Wohnung des Hauses Wilhelmsstraße Nr. 4 verübten Gelegenheitsdiebstahle an Kleidungsstücken im Werthe von circa 26 Thlr., scheint B. in naher Beziehung zu stehen. Bei einem dortigen Arbeiter S. erschien gleichfalls ein Unbekannter und miethete eine Schlafstelle. Bald darauf wußte er die Frau S. durch die Bitte, für ihn Backwaaren zu holen, aus der Wohnung, in der er nun allein zurückblieb, zu entfernen; als die Frau zurückkehrte, hatte jener Mensch mit den gestohlenen Kleidern bereits die Wohnung verlassen.

— Ein Akt grober Rohheit wurde vorgestern von einem berüchtigten Vagabonden, dem vielfach bestraften Arbeiter Karl August Fr. Schultz, anscheinend aus Rache, gegen den auf der Oberwiek wohnhaften Handelsmann Löwenberg verübt. Letzterer bestätigte nämlich bei seiner polizeilichen Vernehmung das von Schultz hartnäckig bestrittene Faktum, daß dieser ihm zwei einem Fuhrmann auf der Oberwiek gestohlene Hemmschuhketten zum Kauf angeboten habe. Hierüber aufgebracht, verfolgte Sch. den L. vom Polizeirevierbüreau aus bis in die Mühlenthorstraße und schlug ihn dort mit einem starken Knüttel dergestalt über den Kopf, daß er heftig blutend zusammenkank und voraussichtlich einige Zei, hindurch genöthigt sein wird, das Bett zu hüten. Schutz, der den Diebstahl übrigens nachträglich einräumte, wurde gestern verhaftet.

Altdamm, 29. Januar. (Od.-Z.) Allgemeinste Theilnahme erregte das Scheiden des Prediger Berg aus unserer Stadt, welcher vorgestern in seinen Wirkungskreis nach Pyritz abgereist ist. Seine seelsorgerische Thätigkeit beschränkte er hier nicht auf Predigt und „Amtshandlungen", er freute sich mit den Fröhlichen und weinte mit den Traurigen, war aber nicht nur mit Rath, sondern auch mit der That bei jeder Noth zur Hülfe bereit. Zahlreiche derartige Beispiele sind aus der vorjährigen Cholera-Epidemie noch im frischen Andenken. Das Verdienst, welches er sich außerdem um unsere Stadt durch Gründung der von ihm musterhaft geleiteten höheren Knabenschule erworben hat, wird hoffentlich ein dauerndes und die Anstalt auch ferner erhalten und in des Stifters Geiste fortgeführt werden. Dem Scheidenden wurden zahlreiche äußere Beweise der allgemeinen Liebe und Achtung. Am Sonntag nach der Nachmittagspredigt brachte der Männergesangverein ihm ein Ständchen und überreichte Herrn Prediger Berg die Photographie seiner Mitglieder; Abends trug ein Quartett den Psalm: „Der Herr ist mein Hirte" vor. Am Montag fand eine Schulfeier statt, an der Lehrer, Schüler und Eltern sich betheiligten. Nach einem einleitenden Choral sprach der erste Lehrer und künftige Leiter der Schule, Herr Hübner, Abschiedsworte an den Scheidenden, Ermahnung zum Danke an die Knaben, welchen sie durch die That beweisen möchten, indem sie die Losung der spartanischen Knaben: „Besser sein!" zur Richtschnur ihres Denkens, Wollens und Handelns nähmen. In bewegten und bewegenden Worten richtete Herr Prediger Berg selbst an seine bisherigen Schüler als seinen Scheidegruß die Aufforderung, dem in pace decus, in belle praesidium nachzukommen, welches Tacitus von den Germanen rühmt. Nachdem ein Schüler ein von einem Lehrer verfaßtes Abschiedsgedicht vorgetragen, überreichten die Primen der verschiedenen Klassen die vorzüglich ausgeführten Photographien der Schüler und das Lied: „Es ist bestimmt in Gottes Rath" schloß die Feier. Ein beabsichtigtes Festmahl unterblieb in Berücksichtigung des allgemeinen Nothstandes auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Prediger Berg.

Stadt-Theater.

Stettin, 30. Januar. (Verspätet.) Wenn im Laufe der letzten Jahre vor 1866 bei verschiedenen festlichen Gelegenheiten sogenannte patriotische oder nationale Schauspiele auftauchten, so geschah es nur, damit diese Stücke nach einer oder wenigen Aufführungen der Vergessenheit anheim fielen. Die festliche Strömung in den Gemüthern verlief sich bald, und die Wellen des Nationalbewußtseins gingen schnell im Strom des alltäglichen Lebens verloren. Anders ist es heut, und wir betrachten es als eine natürliche Erscheinung, wenn gegenwärtig auch ohne besondere Veranlassung die große Vergangenheit unseres Volkes zum Gegenstande dramatischer Dichtung gemacht wird, und wenn es einem Dichter gelingt, in diesem Genre ein Werk von größerem Kunstwerthe zu schaffen, als es vordem geschehen konnte. Vielleicht kann auch unter dem Einflusse der großartigen Veränderungen der letzten Jahre das nationale Drama in eine neue Entwickelungsphase treten, und eine Höhe erreichen, die wir bisher nur bei andern Völkern kennen gelernt. — Wir freuen uns, das gestern hier aufgeführte Stück „Colberg 1807, oder Heldensinn und Bürgertreue, Schauspiel in 5 Akten von Paul Wendt" als eines der besten bezeichnen zu können, denen wir bisher in diesem Genre begegnet. In kurzen, kräftigen Zügen sind die großen Begebenheiten jener Tage dargestellt, sind die großen Charaktere gezeichnet. Vor allem der alte Nettelbeck, der Mann mit dem warmen Gefühl für sein Vaterland, der unerschütterlichen Gesinnung, und dem schlichten Aeußern; sodann der Vice-Kommandant von Waldenfels, der jugendliche Held, welcher fürs Vaterland stirbt, und dadurch, daß er von einer theuren Braut beweint wird, die Sympathieen in erhöhtem Grade weckt; endlich der dritte im Bunde, Graf Gneisenau, der den an Rettung verzweifelnden Lucadou im Kommando ablöst, und den im vollen Bewußtsein der Gefahr und Verantwortung besonnen und energisch handelnden Führer repräsentirt. In den Gestalten des alten Grenadiers Schönherr und seines jungen Sohnes Wilhelm ist die ernste und erhebende Seite des Soldatenlebens eben so treffend zur Anschauung gebracht, wie die humoristische in denen des Grenadiers Carlchen und seiner Geliebten. Der erste Akt führt uns in die Belagerung Kolbergs ein, dessen Vertheidigung auch der tapfere Schill seinen Arm gewidmet. Die Nachricht von dem Nahen einer englischen Brigg, die Hilfe und Waffen bringe, und die Abreise Schills, der Hülfstruppen gewinnen will, erhöhen die Hoffnung auf glücklichen Erfolg der Vertheidigung. Da faßt der Kommandant Lucadou (im 2. Akt) den Entschluß, die Festung zu ergeben, die er nicht halten zu können glaubt. In einer vom Verfasser vortrefflich arrangirten Scene bekämpft Nettelbeck, dem sich auch Waldenfels und der inzwischen zurückgekehrte Schill anschließen, diesen Entschluß, und mit dem Rücktritt Lucadous und der Ankunft Gneisenau's tritt die Vertheidigung in ein neues hoffnungsvolles Stadium. Der dritte Akt zeigt die Gemüther von Hoffnung und Furcht gleich stark bewegt; denn die wichtige Position des Wolfsberges wird von den Franzosen genommen und ihre Wiedereroberung versucht; inzwischen langt das englische Kriegsschiff bei stürmischem Wetter an, und nur Nettelbecks persönliche Hilfe rettet es vor der Gefahr des Strandens. — Aber beim Kampfe um den Wolfsberg (4. Akt), den die Franzosen doch schließlich behauptrn, fällt Waldenfels, nächst Nettelbeck die Seele der Vertheidigung, und selbst Gneisenau sieht die Nothwendigkeit der Uebergabe vor sich. In der höchsten Noth endlich setzt die Nachricht vom Friedensschluß den Anstrengungen der Vertheidiger ein Ziel und lohnt ihr muthiges Ausharren. Der Verfasser hat es vortrefflich verstanden, uns das unruhig bewegte Leben der bedrohten Stadt anschaulich vorzuführen, und die edle schwungvolle, doch maßvolle Sprache, in der sich das Stück durchgängig bewegt, stimmt sehr gut zu der ganzen Situation. Die Darstellung war im Ganzen eine wohlgelungene; Herr Göbel (Waldenfels) machte nicht nur durch seine stattliche Erscheinung, sondern auch durch lebendiges, wahr empfindendes Spiel großen Eindruck; nicht minder Herr Richter (Nettelbeck), der sich nur manchmal wohl zu sehr anstrengte. Herr Werther hätte nach unserem Erachten aus der Partie des Grafen Gneisenau wohl mehr machen können; viel besser repräsentirte Herr Broda den Grafen Lucadou, während auch Hr. Fritzsche die begeisterte Heldengestalt Schill's recht hübsch zur Geltung brachte. Frl. v. Kaler (Marie, Waldenfels Braut) brachte die Liebe und den Schmerz der um den Helden trauernden Braut in lebhafter und ergreifender Weise zur Darstellung, besonders in der schönen Scene an der Bahre. — Das Ensemble war, wie bei einer ersten Darstellung natürlich, nicht überall genügend, namentlich Anfangs; auch darf nicht unbemerkt bleiben, daß die Abfahrt des Lootsenbootes im 3. Akt einen störend heiteren Eindruck machte, der dadurch, daß dies Geschäft hinter der Scene vor sich ginge, wohl besser vermieden würde. Der Erfolg des Stückes war ein unzweifelhafter; mit lebhafter Spannung und vielfachem Beifall folgte das Publikum der Aufführung, der wir recht baldige Wiederholung wünschen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 31. Januar. Witterung: regnigt. Temperatur + 5 ° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen loco matter, Termine behauptet, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 100—105 Rt. bez., ungarischer 92—97 Rt., bunter polnischer 98 bis 103 Rt., weißer do. 104—108 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Januar 100 Rt. Br., Frühjahr 101, $101\frac{1}{2}$ Rt. bez., $101\frac{1}{4}$ Gd., Mai-Juni 101 Gd.

Roggen anfangs matter, schließt fester, pr. 2000 Pfd. loco $77\frac{1}{2}$—78 Rt., feiner $78\frac{1}{2}$, 79 Rt. bez., Januar 79 Rt. bez., Frühj. $79\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$, 79, $79\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni $79\frac{1}{4}$ Rt. bez., $\frac{1}{2}$ Br., Juni-Juli 77 Rt. Br., Juli-August 76 Rt. Br.

Gerste still, loco pr. 1750 Pfd. 52—54 Rt., Frühjahr schles. 55 Rt. bez.

Hafer ruhig, per 1300 Pfd. loco $37\frac{1}{2}$—38 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 39 Rt. Br.

Erbsen per 2250 Pd. loco 69—71 Rt. bez., Frühjahr Futter- 72 Rt. Br.

Petroleum loco $6\frac{11}{12}$ Rt. bez., Januar $6\frac{5}{6}$ Rt. bez. u. Gd.

Rappkuchen loco hiesige $2\frac{1}{4}$ Rt. bez.

Rüböl stille, loco $10\frac{1}{4}$ Rt. Br., Januar 10 Rt. Gd., Januar-Februar 10 Rt. Gd., März $10\frac{1}{8}$ Rt. Gd., April-Mai $10\frac{1}{3}$ Rt. Br., $\frac{1}{4}$ Rt. Gd., Mai-Juni $10\frac{5}{12}$ Rt. Br., September-Oktober $10\frac{7}{12}$ Rt. Br., $\frac{1}{2}$ Rt. Gd.

Spiritus unverändert, loco ohne Faß $20\frac{1}{12}$ Rt. bez., mit Faß $19\frac{5}{6}$ Rt. Br., Januar $19\frac{23}{24}$ Rt. bez., Februar-März $19\frac{11}{12}$ Rt. Br., Frühjahr $20\frac{1}{4}$ Rt. Br., Mai-Juni $20\frac{1}{2}$ Rt. Br., Juni-Juli $20\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Br.

Angemeldet: 50 Barels Petroleum.

Regulirungs-Preise: Weizen 100, Roggen 79, Rüböl 10, Spiritus $19\frac{23}{24}$.

Hamburg, 30. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco sehr fest. Roggen auf Termine wesentlich höher. Weizen pr. Januar 5400 Pfd. netto $178\frac{1}{2}$ Bankothaler Br., $177\frac{1}{2}$ Gd., per Januar-Februar $177\frac{1}{2}$ Br., $176\frac{1}{2}$ Gd., per Frühjahr 178 Br. u. Gd. Roggen pr. Januar 5000 Pfd. Brutto 142 Br., 141 Gd., pr. Januar-Februar 142 Br., 141 Gd., per Frühjahr 140 Br., 139 Gd. Hafer fest. Rüböl flau, loco $22\frac{3}{8}$, per Mai 23. Kaffee unverändert. Zink sehr stille.

Stettin, den 31 Januar.

Hamburg	6 Tag.	$151\frac{3}{8}$ G	St. Börsenhaus-O.	4	—
„	2 Mt.	—	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	$143\frac{1}{4}$ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„	2 Mt.	—	Used. Wolt. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 25 bz	Pr. National-V.-A.	4	119 B
„	3 Mt.	—	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris	10 Tg.	$81\frac{5}{12}$ G	Pomerania	4	119 B
„	2 Mt.	—	Union	4	108 B
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	$93\frac{3}{4}$ G	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	1000 B
„	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl. 5457	$4\frac{1}{2}$	—	Bredower „	4	—
„ „	5	—	Walzmühle	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
„ „	4	—	Neue Dampfer-C.	4	—
„ Rentenb.	4	—	Germania		100 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan		100 B
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle	4	114 B
„ Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
„ „	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E. A.	$4\frac{1}{2}$	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
„ Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	$4\frac{1}{2}$	94 B			